

Protokolleintrag vom 19.06.2013

2013/230

Erklärung der GLP-Fraktion vom 19.06.2013: Rechnung 2012

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Der schmale Grat entlang der Null

Die Rechnung 2012 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 33,1 Millionen Franken ab. Das ist immerhin besser als budgetiert. Ohne die kurz vor Jahresende vom Kanton verlangte Rückstellung von 23,1 Millionen Franken im Schulamt für die Sanierung der kantonalen BVK, läge das städtische Defizit gar nur bei ungefähr einem Promille des Budgets. Eine solche rote Null ist, nur für sich betrachtet, zwar unschön, aber zu verkraften.

Eine genauere Betrachtungsweise mahnt allerdings zu einer erhöhten Vorsicht im Umgang mit den städtischen Finanzen. Wer die Rückstellungen im Schulamt erwähnt, darf andere Sondereffekte, die das Resultat substanziell verbessert haben, nicht vergessen. Namentlich die höheren Auflösungen der Reserve der Eigenversicherung und der Vorfinanzierung der Bau- und Zonenordnung haben der Stadtkasse nicht budgetierte Erträge in der Höhe von über 65 Millionen Franken beschert. Das sind keine nachhaltigen, sondern einmalige Einnahmen.

Die Steuereinnahmen wecken gemischte Gefühle. Absolut betrachtet erklommen sie 2012 zwar eine Rekordhöhe von über 2,4 Milliarden Franken, dennoch liegen sie fast 200 Millionen Franken unter Budget.

Dass die Rechnung trotzdem «nur» die Hälfte des budgetierten Defizits erreicht, ist insbesondere auf die tiefer als budgetierten Personal- und Sachaufwendungen zurückzuführen. Der Personalaufwand erklimmt zwar trotz zahlreicher unbesetzter Stellen ein Rekordhoch, liegt aber dennoch 2,3% unter dem Budget. Dem durchschnittlichen Stadtnutzer fällt dabei auf, dass 283,5 unbesetzte Stellen nicht zu Zürichs Untergang geführt haben, auch wenn der GLP-Fraktion sehr wohl bewusst ist, dass die Unterbesetzung punktuell eine Herausforderung für das bestehende Personal sein kann.

Der Sachaufwand liegt über 10% unter dem Budget. Interessant aus der Perspektive der GLP ist in diesem Zusammenhang vor allem auch, wie sich die Pauschalkürzungen auf einzelnen Kontogruppen bewährt haben. Wir stellen fest, dass in neun von zehn Kontogruppen*, in denen unsere Anträge auf Pauschalkürzungen von einer Mehrheit des Gemeinderats unterstützt wurden, die Rechnung auch nach der Umlage der pauschalen Kürzungen tiefer ausfiel als das Budget. Mit anderen Worten: Die Pauschalkürzungen haben niemandem weh getan, es wären gar höhere Kürzungen auf diesen Kontogruppen möglich gewesen. Erwähnenswert sind dann insbesondere noch die drei Kontogruppen, bei denen unsere Anträge auf pauschale Kürzungen keine Mehrheiten im Rat fanden, weil sie nur von der SVP unterstützt wurden. Bei der Aus- und Weiterbildung (3091) wollten wir 3,3 Millionen Franken aus dem Budget streichen – die Rechnung liegt effektiv über 5 Millionen unter Budget. Bei der Reise- und Spesenentschädigung (3170) hätten wir 250 000 Franken gekürzt – effektiv lagen die Ausgaben dann fast 700'000 Franken unter dem Voranschlag. Und schliesslich hätten wir gerne auch noch bei den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter 5 Millionen Franken weniger eingestellt – effektiv fiel dieser Aufwandsposten dann um 48 Millionen tiefer aus als budgetiert. Mit anderen Worten: Das Instrument der pauschalen Kürzungen auf diesen Konti in der Gesamtverwaltung scheint ein probates Mittel zu sein, das künftig noch mutiger genutzt werden darf.

Problematisch erscheint der GLP der Umstand, dass das Eigenkapital trotz negativem Rechnungsergebnis zugenommen hat. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass dies eine Folge kantonalen Bestimmungen ist und die Erhöhung bescheiden ausfällt. Trotzdem ist es problematisch, wenn das Eigenkapital ohne effektiven Geldzufluss erhöht wird. Das kann Begehrlichkeiten wecken, die nicht angebracht sind. Der gleiche Effekt wird – allerdings in deutlich stärkerem Ausmass – eintreffen, wenn aufgrund des neuen Gemeindegesetzes das Verwaltungsvermögen neu bewertet werden müsste.

Die tiefer als budgetierten Nettoinvestitionen sorgen schliesslich dafür, dass der Investitionsplafond eingehalten wird, der Eigenfinanzierungsgrad nicht unter 70% fällt und die Abschreibungen in der laufenden Rechnung geringer ausfallen als budgetiert. Die Nettozinslast ging zwar gegenüber 2011 zurück, doch stieg die Nettoschuld um beinahe 500 Millionen Franken. In einer veränderten Zinslandschaft wird das zu einer Herausforderungen.

Damit in den nächsten Jahren kein Absturz vom schmalen Null-Grat erfolgt, ist es notwendig, die Leistungsüberprüfung 17/0 zügig voranzutreiben. Eigentlich müsste die Umsetzung bereits laufen. Nur aus einer Position der finanziellen Stärke lassen sich künftige Herausforderungen adäquat und einigermaßen entspannt angehen.

Zum Schluss möchten wir noch Martin Vollenwyder, der für diese Rechnung noch verantwortlich war, für seine gute Arbeit und seinen langjährigen Einsatz für die Stadt danken und ihm für seine Zukunft alles Gute wünschen.